



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Über Ursachen und Wirkungen der Militarisierung der westdeutschen Wirtschaft

Dieser Artikel erschien erstmals in der **KAZ** Nr. 197 am 27. Mai 1981. Gedruckt und herausgegeben vom Verlag Das Freie Buch GmbH, Tulbeckstraße 4, 8000 München 2, im Auftrag des Zentralkomitees des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD.

Der deutsche Arzt gipst keine gebrochenen Beine ein, und er schneidet keine entzündeten Blinddärme heraus. Der deutsche Arzt ist aufgerufen. Vorzugsweise „aufgerufen, sich um die Angelegenheiten des Gemeinwesens, der Gesellschaft, des Staates zu kümmern, sie mitzugestalten, sich im besten Sinne politisch zu betätigen.“ (1)

Und wie es dem Aufgerufenen so zu gehen pflegt, erät ihm der Blick nur allzuleicht weg vom gebrochenen Bein oder entzündeten Blinddarm hin zu höheren Werten. Etwa zum „Recht des einzelnen auf individuelle Entfaltung seiner Persönlichkeit“, das „im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist“ und deswegen: „Eine . . . allumfassende Fürsorge ist daher mit dem Grundgesetz nicht in Einklang zu bringen!“ (Dr. Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer; 2)

Es handelt sich bei dieser Feststellung des obersten Standesfunktionärs der Ärzte nicht etwa um eine besonders radikale – und im übrigen ja durchaus zutreffende – Charakterisierung des Grundgesetzes dieser Republik. Es handelt sich darum, daß dieser Herr weniger gipsen, aber mehr verdienen will, und daß ihm dies Vorhaben angesichts der täglich miserablen Finanzlage der Krankenkassen unerhört erschwert wird. Wie immer, wenn es in Akademikerkreisen um Bares geht, bemüht man die Philosophie, vorzugsweise den Abschnitt über die „Freiheit“:

„Es ist mit den Grundlagen unseres Staates, dem Gedanken der Freiheit und des Pluralismus, aber auch dem Grundrecht des Menschen auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unvereinbar, wenn die . . . Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten bei der sozialen Sicherung und in der Vorsorge für Krankheit außer Kraft gesetzt werden. . . . Bislang jedenfalls ist in kei-

ner Weise erwiesen, welche Prioritäten der Bürger setzen möchte, falls es etwa gelänge, unter Einsatz größerer Mittel Erkrankungen an Krebs zu vermeiden oder unter allen Umständen heilen zu können.“ (3)

Mittlerweile darf als durch die Praxis erwiesen angesehen werden, daß „der Bürger“ den Krebs nicht vermeiden oder unter allen Umständen geheilt wissen will, daß er lieber frei und krebskrank als gesund und unfrei ist, und daß Vater Staat deshalb unbesorgt die bei solch gesundem Freiheitsdrange freiwerdenden Mittel für höhere Ziele einsetzen kann: Für die Rüstung etwa, die bei genauerem Hinsehen in diesem Jahr ja nicht nur die amtlichen 42 Milliarden kostet, sondern tatsächliche 80 Milliarden (vgl. Fußnote 4), ein Drittel des ganzen Bonner sozialliberalen Haushalts. Und wenn man schon dabei ist, kann man den „mündigen Bürger“ ja nicht nur beim Reparieren seiner abgenutzten Gesundheit in die Freiheit entlassen, sondern auch noch den Rentner, der wieder Krankenversicherungsbeiträge zahlen soll, oder den Arbeitslosen, der Steuern für sein Stempelgeld zahlen soll, oder, oder . . . Bei solchen Zahlen (80 Milliarden sind immerhin mehr als zehnmal soviel wie die 7,1 Milliarden Kriegshaushalt im Jahr der Remilitarisierung 1955) kann man sich nur wundern über die Kleinlichkeit, mit der Matthöfer und Apel über eine lächerliche Milliarde feilschen.

In der Tat geht es um mehr als eine Milliarde. In der Tat geht es darum zu begreifen, daß die Freiheit, von der heute, wie immer in Zeiten zunehmender Unfreiheit, so gern die Rede ist, darin besteht, zu wählen, ob man am unbehandelten Darmkrebs oder an Granatsplittern krepieren will. In der Tat geht es um die Frage, womit Rüstung und Krieg finanziert werden sollen, warum dieses Gesellschaftssystem nur lebt, wenn es tötet, und ob und wie lange der Arbeiter

sich zwingen und bereden läßt, für seinen eigenen Untergang zu schaffen.

„Für unsere Freiheit und den uns bevorstehenden Entscheidungskampf mit dem Osten ist nicht unser Konsum wichtig, sondern Wachsamkeit, Wehrbereitschaft und Aufrüstung“, stellte schon Ende der 50er Jahre ein gewisser Herr Hellwig fest, Bundestagsabgeordneter der CDU und, als Leiter des „Deutschen

4 Das IMSF fand in den 26 Einzelplänen des Bundeshaushalts 1981 (außerhalb des Einzelplanes 14/Verteidigungsministerium in Höhe von 41,234 Milliarden DM) u. a. folgende Summen direkter und indirekter Militär- und Rüstungsausgaben:

- 04/Bundeskanzleramt: sachliche und Personalausgaben des Bundesnachrichtendienstes(BND) 567 Millionen DM.
- 05/Auswärtiges Amt: Ziviler NATO-Beitrag, NATO-Verteidigungshilfe, Sonderhilfe für NATO-Südostflanke 368 Millionen DM.
- 06/Innenministerium: Bundesgrenzschutz, Beschaffungsstelle für BGS, Bereitschaftspolizei und Zivilschutz 1,119 Milliarden DM.
- 11/Arbeit und Sozialordnung: Zivildienst, Leistungen nach dem Soldaten- und Zivildienstgesetz usw. 791 Millionen DM.
- 12/Verkehrministerium: militärische Flugsicherung (Anteil) 104 Millionen DM.
- 13/Postministerium: Ausgaben bzw. Mindereinnahmen durch Leistungen für Bundeswehr und Besatzungsmächte 120 Millionen DM.
- 30/Forschungsministerium: Forschungsanteil für militärische Luft- und Raumfahrt sowie Informationstechnologien 241 Millionen DM.
- 33/Versorgung: Versorgung und Beihilfen für BGS, Soldaten der Bundeswehr bzw. ehemalige Angehörige der Hitler-Wehrmacht 6,034 Milliarden DM.
- 35/Verteidigungslasten: Stationierungskosten für die Besatzungsarmeen 1,4 Milliarden DM.
- 36/Zivile Verteidigung: Ausgaben für Zivilverteidigung 757 Millionen DM.
- 32/Bündesschuld: Anteilige Rüstungsausgaben, sen und Schuldendienst insgesamt 12,3 Milliarden

1 Karsten Vilmar auf dem 83. Deutschen Ärztetag am 13. Mai 1980, zit. in „Deutsches Ärzteblatt“, Heft 22/1980, S. 1441

2 ebenda, S. 1442

3 ebenda, S. 1447

Wissen ist Macht

Industrieinstituts“ in Köln, ein berufener Sprecher der deutschen Monopole. (5)

Womit klargestellt war, daß man sich entscheiden muß, weil es nur eines gibt – entweder Sicherheit und Wohlstand für die Werkstätigen oder Freiheit und Aufrüstung für die Monopole. Herr Hellwig hat damals nicht nur im Namen der Rüstungsindustrie gesprochen, offiziell gab es sowas zu dieser Zeit noch gar nicht. Er hat im Namen der deutschen Monopolherren gesprochen. Das ist zu bedenken.

Denn damals wie heute ist die Sache nicht damit erledigt und die Kriegsgefahr gebannt, wenn wir uns gegen die Produktion von Waffen wehren. Wenn wir dem Mann von der Howaldt-Werft oder dem Mann bei Krauss-Maffei sagen, er soll gefälligst dafür sorgen, daß er sich die Finger nicht schmutzig macht mit U-Booten für Chile oder Panzer gegen die Türkei, aber uns selber nicht mitzählen dabei, weil wir zufällig gerade Marmelade produzieren oder Taschenrechner. Der Krieg kommt nicht von den Waffen. Der Krieg kommt daher, daß er die Monopole reich macht – um beiläufige 134% ist der Gewinn bei den deutschen Aktiengesellschaften gestiegen von 1932 bis 1941. Er kommt daher, daß sie im Frieden an der Rüstung verdienen. Der Krieg kommt vom Profit.

Ursache der Aggressivität – das Monopolkapital

Das Potsdamer Abkommen hatte nicht nur das Verbot jeder Kriegsproduktion für Deutschland vorgesehen. Es hatte weiterhin, und noch wichtiger, vorgesehen:

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen.“ (6)

An Rhein und Ruhr piff man darauf. 1938 besaßen 0,5% der deutschen Aktiengesellschaften mit einem Kapital von mehr als 100 Millionen Mark ein Viertel (25,8%) des gesamten Aktienkapitals. 1958, das Potsdamer Abkommen war noch nicht lange gebrochen, da waren es 2% der großen Aktiengesellschaften, die schon fast die Hälfte (46%) des gesamten Kapitals besaßen, ein beinahe doppelt so hoher Konzentrationsgrad wie zu Zeiten der Herren Himmler und Göring. 1969 waren es dann nur noch 0,42% der Großen, die über knapp 60% des gesamten Kapitals gebieten. Und wiederum 10 Jahre später, 1979, ist allein der Umsatz der 10 größten Industriemonopole der Bundesrepublik mit 228 Milliarden Mark ziemlich genauso groß, wie der ganze Bundeshaushalt 1981 zusammen.

Und diese ganze „übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft“ ist nicht nur vielfach konzentrierter als unter Hitler, sondern jetzt auf einem Lebensraum zusammengedrängt, der um ein Drittel kleiner ist als 1938, mit einem winzigen inneren Markt, ohne eigene Kolonien, an wichtigen Industrierohstoffen nur über Kohle verfügend.

Die Liste der zehn Mächtigsten in unserm Land ist zugleich die Liste der notorischen Kriegsverbrecher: An der Spitze die drei IG-Farbenachfolger (die gleichzeitig auch die drei größten Chemieunternehmen der kapitalistischen Welt sind), dann kommt Siemens (der fünftgrößte Elektrokonzern der kapitalistischen Welt), dann AEG-Telefunken und Bosch, VW (fünftgrößter Autoproduzent), Daimler-Benz, Thyssen (der größte Stahlproduzent der kapitalistischen Welt) und Mannesmann. Nimmt man noch die Deutsche Bank dazu, fünftgrößter Geldkonzern der Welt und „auf dem besten Wege die stärkste Bank der Welt zu werden“ (7), Kreditgeber und Mitmischer bei

all den Großen, sowie die Dresdner und die Commerzbank, dann hat man sie auch schon alle auf einer Reihe, die Riege der ehemaligen Wehrwirtschaftsführer und ihrer neudeutschen Zöglinge.

Es ist ganz und gar nicht zufällig, daß die blutigen Zehn mehr als die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland machen, Bayer sogar 70%, VW 59% oder Mannesmann 72% (Zahlen für 1979).

Es ist ebensowenig zufällig, daß diese zehn den höchsten Anteil am Waren- und Kapitalexport haben. (Allein die chemische Industrie, die elektrotechnische und die Eisen- und Stahlindustrie zusammen mit den Banken und Versicherungen haben 1979 knapp die Hälfte der gesamten westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland gehalten.)

Es ist ganz und gar nicht zufällig, daß genau diese zehn, zusammen mit noch einer Handvoll anderer, mit denen sie verflochten und verfilzt sind wie MBB, Krupp, Diehl, MAN oder Dornier, das Zentrum der westdeutschen Rüstungsindustrie bilden, den Club der Brandstifter, exclusiv wie eh und je.

Weltpolitik – made in W.-Germany

Warum hat man damals in Potsdam eigentlich beschlossen, die deutschen Monopole zu zerschlagen, und warum war das ein durchaus nützliches – wenn auch im Endeffekt nur im östlichen Teil Deutschlands konsequent angewandtes – Mittel gegen die Gefahr von Faschismus und Krieg?

Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus führte und konnte nur führen zum Wiedererstehen des deutschen Militarismus als dem Instrument, mit dem der seine aggressiven Ziele durchsetzen will. Die ökonomischen Ursachen der Aggressivität des Imperialismus bilden dementsprechend die ökonomischen Ursachen des modernen Militarismus.

Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol auf der Basis einer hohen Stufe der Konzentration der Produktion und des Kapitals zeigt, daß sich der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise entscheidend verschärft hat. Die Vergesellschaftung der Produktion ist gewachsen, während die privatkapitalistische Aneignung in immer weniger Händen zunimmt. Aus der Verschärfung des Grundwiderspruchs folgt auch eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt. Der hohe Stand der Konzentration bietet gewaltige Möglichkeiten, die Produktion zu erweitern, soweit dies im Interesse der Monopole liegt. Auf der anderen Seite schränkt die Herrschaft der Monopole die Konsumtionskraft der Massen immer mehr ein. Anarchie und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung verstärken sich und der Widerspruch zwischen Produktion und Markt vertieft sich noch.

Allein aus der Tatsache, daß die Produktionsmaßstäbe eines monopolistischen Giganten den Rahmen des inneren Marktes überschreiten (– so war der Umsatz der Ölfirma „Exxon“ im vergangenen Jahr schon größer als der Bonner Haushalt für dieses Jahr –) ergibt sich der Drang der Monopole, äußere Märkte zu erobern. Auch die dem Monopol eigentümliche Tendenz, den technischen Fortschritt zu hemmen, wirkt sich verschärfend auf das Marktproblem aus. Diese Tendenz wirkt sich immer wieder so aus, daß sie die Entwicklung jenes Anteils des inneren Marktes behindert, der in der Produktion neuer Produktionsmittel, neuer Anlagen und Maschinen entsprechend dem technischen Fortschritt besteht. Aufgrund der Armut der Massen, von deren zahlungsfähiger Nachfrage die Ausdehnungsfähigkeit des inneren Marktes letzten Endes abhängt, führt die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zum Entstehen eines Kapitalüberschusses, Kapital, das die Monopole exportieren, weil es im eigenen Land nicht mit entsprechendem Profit verwertet werden kann.

Die kapitalistischen Monopole, das sind längst keine Klitschen mehr, die zu Kaisers Geburtstag die schwarz-weiß-rote Fahne raushängen. Das sind im

wirklichen Sinne „Weltunternehmen“, die nicht mehr im Maßstab des begrenzten bürgerlichen Nationalstaats handeln, produzieren, profitieren und das auch gar nicht mehr können, sondern im Maßstab ganzer Erdteile, ihrer „internationalen Arbeitsteilung“. „Vaterland“ oder „Nation“ – solche Dinge haben für das Monopol lediglich noch das Interesse, welche Farbe der Uniformrock hat, in dem die Soldaten ihre Profite verteidigen, welchen Staats- und Gewaltapparat sie benutzen können, um ihre Profitinteressen gegen die imperialistische Konkurrenz durchzusetzen. „Unser Feld ist“, wie Siemens-Boss Plettner deshalb verkündete, „die Welt“. (8)

Und je mächtiger so ein Monopol ist, je mehr in der in Frage kommenden Branche es monopolisiert ist, desto „großzügiger“, großräumiger muß es planen und handeln, desto schneller gerät es auch der Konkurrenz auf den Hals, die ihrerseits den Weltmarkt beansprucht. Beispiel Siemens:

Der Umsatz von Siemens betrug 1979 mit 28 Milliarden Mark zwar nur zwei Drittel des Branchenführers General Electric, aber während General Electric davon 27 Milliarden in den heimatlichen USA allein umsetzen konnte, war der Auslandsumsatz der beiden Giganten mit rund 14 Milliarden genau gleich groß. Der Zwang nach draußen zu gehen und neue Märkte zu erobern ist für die deutschen Monopole, wie dies keineswegs vereinzelt Beispiel zeigt, ungleich gebieterischer als für ihre schärfsten Konkurrenten, die US-Monopole. Das bestätigen auch andere Zahlen:

Anfang der 60er Jahre hatte der deutsche Imperialismus schon wieder 10% der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt (und daran hat sich seither nichts geändert). Abgejagt hatte er die vor allem den USA (die von 62% im Jahr 1946 auf 44% abgestiegen war) sowie England und Frankreich.

Aber was den Warenexport angeht, so hat die Bundesrepublik 1979 mit 172 Milliarden Dollar praktisch genauso viel ausführen müssen wie die USA, ist zusammen mit ihr die größte Handelsmacht. Beim Kapitalexport liegt die Bundesrepublik zwar „erst“ an dritter Stelle hinter USA und England, aber die Geschwindigkeit, mit der hierzulande Kapital überflüssig wird und deshalb exportiert werden muß, ist weit aus größer als bei der Konkurrenz.

„Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung ‚nach dem Kapital‘, ‚nach der Macht‘ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung.“ (9)

Die Teilung der Welt, bzw. dessen, was von dieser Welt für das Kapital übrig geblieben war in der Zeit nach 45, beruhte auf der absoluten Vormachtstellung des US-Imperialismus. Die Welt wurde, nach den Worten Harry S. Trumans, der zuerst erfolglos Hüte verkauft hatte und dann später einen Job als Präsident der USA bekam, verbessert, aber auf amerikanischer Grundlage.

Gottes eigene Nation hatte mit den Völkern nicht gerechnet – mit dem koreanischen Volk nicht, dem cubanischen und nicht mit den Völkern Indochinas und auch nicht mit den Völkern Afrikas, wo allein zwischen 1960 und 1962 21 Staaten unabhängig wurden. Das veränderte die Marktlage natürlich nachhaltig. Und noch eines veränderte die Grundlage für die Aufteilung der Welt unterm Sternenbanner – der deutsche Imperialismus, dessen Wiederaufstieg ganz wesentlich dazu beitrug, die ganze saubere Nachkriegs„ordnung“ durcheinanderzubringen. „Das Finanzkapital und die Trusts schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen

5 zit. in „Konjunktur-Krise-Krieg“, Dietz Verlag Berlin, 1959, S. 125

6 Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Kongreßverlag Berlin, 1957, S. 75

7 Der „Spiegel“, Hamburg, Nr. 20/1981, S. 61

8 „Wirtschaftswoche“ Nr. 14/1980, v. 3. 4. 80

9 Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Einzelausgabe Dietz Verlag Berlin, 1967, S. 80

Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie. Sobald sich aber die Kräfteverhältnisse geändert haben, wie können dann unter dem Kapitalismus Gegensätze anders ausgeglichen werden als durch Gewalt?“ (10)

1958 war der deutsche Imperialismus wieder konzentriert, organisiert genug, um ein deutliches Wort zu sprechen. In Bezug auf die Remilitarisierung teilte der Bundesverband der Deutschen Industrie der Regierung kurz aber unmißverständlich mit: „Der BDI vertritt die Auffassung, daß die reichen Erfahrungen, die in der deutschen Industrie vorhanden sind, nicht ungenutzt bleiben sollten.“ (11) Daß damit nicht die Geschicklichkeit und die generationenlange Erfahrung deutscher Arbeiter gemeint war, sondern die reiche Erfahrung in Völkermord und Zwangsarbeit, ergibt sich aus dem Zusammenhang.

„Die unersättliche Habgier der Imperialisten läßt sie nicht ruhen, auch andere Völker der Welt imperialistisch zu unterdrücken und auszubeuten. In ihrer Gier nach Maximalprofiten prallen die Monopole der verschiedenen Länder unaufhaltsam aufeinander, wobei sich jedes Monopol durch Eroberung von neuen Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Kapitalanlage-sphären die Vorherrschaft zu sichern trachtet. Der erbitterte Kampf zwischen den imperialistischen Ländern birgt unvermeidlich die tödliche Gefahr in sich, neue und noch schrecklichere imperialistische Kriege zu entfachen.“

Mit der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus bemächtigen sich die herrschenden Monopole in immer stärkerem Maße der unmittelbaren Leitung des Staatsapparates. Der monopolistische Kapitalismus wird zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Monopole ordnen sich den Staatsapparat unter, benutzen ihn zur Einmischung in die Wirtschaft, zur Ausplünderung der Werktätigen mit Hilfe der Steuern, zur raschen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Monopole und zur Militarisierung der Wirtschaft.“ (Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD)

Die ganze Wirtschaft für den Krieg

Als Strauß noch Kriegsminister war, hat er einmal gesagt, daß er seine Aufgabe darin sehe, „die ganze Nation mit Mann und Roß und Wagen, Elektrizitätswerken und Straßen, Radaranlagen und Radiostationen“ in den Dienst des Kriegs zu stellen. (12)

In der Tat ist die Remilitarisierung der westdeutschen Wirtschaft weit mehr als nur der Aufbau der Bundeswehr und einer Rüstungsindustrie, wenn die auch den Kern der Sache bilden. Die Führung des imperialistischen Krieges erfordert, bei dem hohen Stand der Technik des Massenmords, eine Unterordnung der gesamten Wirtschaft unter dieses Ziel: „Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als grade Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen“ hat Engels schon vor über hundert Jahren den wechselseitigen Zusammenhang erläutert. (13)

Allein die Tatsache, daß die zehn mächtigsten Konzerne der ganzen Gesellschaft – und das bedeutet: auch den anderen Kapitalisten – einen Tribut auferlegen, daß das ganze Kapital gezwungen ist, mit Hurra auf die Seite der Mächtigsten überzugehen, garantiert, daß alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auf die Vorbereitung des Kriegs hin ausgerichtet werden.

Es ist sehr schwer, zusammenfassende Zahlen anzuführen, die zeigen, in welchem Umfang auch die „zivile“ Produktion an der Kriegsvorbereitung beteiligt ist, bzw. in welcher Geschwindigkeit die „zivile“ Produktion auf Kriegsproduktion umgestellt werden kann. Das liegt unter anderem an der hohen Arbeits-

teilung innerhalb des einzelnen Monopols bzw. zwischen den Monopolen, die es fast unmöglich macht, festzustellen, ob die Leiterplatte nun im Computertomographen oder im Leitsystem der Rakete eingebaut werden soll. Deswegen hier nur einige Beispiele für die Militarisierung der gesamten Wirtschaft:

– Das Gesundheitswesen dient, über die Plünderung der Krankenkassen, nicht nur als billige Kriegskasse, aus der jedermann sich bedient. Die dort Beschäftigten haben, auch wenn sie es gar nicht ahnen, unmittelbar kriegswichtige Aufgaben: „Mit der Werbung und Ausbildung der Schwesternhelferinnen und ihrer Fortbildung wurden das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfallhilfe und der Malteser-Hilfsdienst beauftragt. Bis 1978 waren rund 233 000 Schwesternhelferinnen ausgebildet. Wegen der Fluktuation und der notwendigen Fortbildung der Schwesternhelferinnen besteht ein permanenter Aus- und Fortbildungsbedarf. Der Bund gewährt den genannten Organisationen die für die Aus- und Fortbildung erforderlichen Zuwendungen. Diese werden zu sieben Zehntel vom Bundesminister des Innern und zu drei Zehntel vom Bundesminister der Verteidigung getragen.“ (14)

Das Rote Kreuz ist bei Herrn Walter Bargatzky, ehemals SS-Sturmbannführer in bewährter Hand, der Herr steht auf der Liste „Gestapo und SS-Führer kommandieren die westdeutsche Polizei“, (hrsg. vom Ausschuß für deutsche Einheit am 13. Januar 1961) und auch von anderen Herren, die für die stramme Ausrichtung des Gesundheitswesens sorgen, wie dem Herrn Professor Sewering aus Dachau, ist die Mitgliedsnummer der NSDAP bekannt. Eine sehr niedrige Nummer im übrigen.

– Da die Räder, die für den Sieg rollen, bekanntlich Straßen oder Schienen unter sich brauchen, ist auch das Verkehrswesen in die Militarisierung mit einbezogen: Schon im Juli 1954 forderte „Der Volkswirt“ einen großangelegten Straßenbau im Verteidigungsinteresse (15), und weil man mit dem Autobahnbau bei uns so segensreiche Erfahrungen hat, wurde 1955 das „Verkehrsfinanzierungsgesetz“ erlassen, das die staatliche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten beauftragt, „traditionsgemäß“, so wörtlich, den Autobahnbau auszuführen. (16)

Es ist kein Geheimnis, daß der überdimensionale Autobahnausbau und in seinem Gefolge die Ruinierung von Natur und Mensch ein Kind der Kriegsproduktion ist. Zum Beispiel erfordert die Zugmaschine (MAN will den 10-t-gl-LKW bauen) für die Pershing, auf die Bonn nicht verzichten will, die weitere Begräbigung und den Ausbau der Autobahnen auf vier bis sechs Spuren.

– Die Bundesbahn hatte bis 1962, angeblich aus Rationalisierungsgründen, 11 Bundesbahnausbesserungswerke geschlossen. Gottseidank hatte man umgehend eine „neue Perspektive erarbeitet“. Springers „Welt“: „Um den Arbeitern die Beschäftigung zu erhalten, soll, soweit möglich, die Bundeswehr als Arbeitgeber einspringen.“ (17) Sie ist eingesprungen. Jetzt werden da z. B. Panzer repariert statt Lokomotiven.

– Auch die Bundespost hatte schon Ende der 50er Jahre angefangen, mit damals 750 Millionen Mark ihr Kabelnetz den „Erfordernissen der militärischen und zivilen Verteidigung anzupassen“. 250 Millionen kamen davon aus dem Kriegsministerium. Außerdem wurden schon 1958 sogenannte „ortsfeste militärische Fernsprecheinrichtungen“ geschaffen und viele bis dahin posteigene in truppeneigene Anlagen umgewandelt. (18)

Welche grandiosen militärischen Möglichkeiten in der Fernmeldetechnik die Nachrichtensatelliten bie-

ten oder der Laserstrahl, das kann man nur ahnen. Nicht umsonst jedenfalls gehen ein Drittel aller Aufträge der Bundespost überhaupt an die Firma Siemens.

Und die Aufzählung würde kein Ende nehmen, wollte man alle Bereiche nennen, die ausschließlich dem kommenden Krieg dienen oder ihn indirekt vorbereiten. Der Fortschritt der industriellen Produktion, der auch in die Arbeiterhaushalte gelangt, ist in der Regel nur das wissenschaftliche und technische Abfallprodukt der Kriegsindustrie. So zum Beispiel der Taschenrechner, der das Abfallprodukt der Mikroelektronik, die für die Kriegsgeräte in der Luft und zu Lande entwickelt wurde, ist. Oder, daß die Arbeiterkinder heute mit Kunststoffbällen, wie den Flummis, durch die Gassen toben, verdanken sie nicht einem kinderfreundlichen Spielwarenproduzenten, sondern ganz im Gegenteil, der NASA, die für ihre Raketen auf der Suche nach einem besonders hoch verformbaren Stoff war. Oder, daß die Arbeiterfrauen auf die so nützliche Teflon-Pfanne zurückgreifen können, das verdanken sie nicht der Haushaltsindustrie, sondern auch Teflon wurde gefunden und entwickelt ausschließlich für Kriegszwecke, für das Ausspionieren neuer Kriegs- und Angriffsziele beim Gegner. Nur das Abfallprodukt der Kriegsindustrie kommt also in anderer Gestalt in die Arbeiterhaushalte und kommt den Werktätigen zugute und dies wohl gemerkt in der Regel aller Fälle Jahre, ja Jahrzehnte später – als sie in der Kriegsindustrie Verwendung fanden!

– Die „Ölscheichs“ waren nach 1973 für jede chauvinistische Hirnrissigkeit gut. Natürlich mußten sie auch herhalten, um zu begründen, warum es notwendig ist, riesenhafte Ölvorräte anzulegen. Für 120 Tage ist inzwischen Öl eingelagert, 80 Tage davon sind ausschließlich für militärische Zwecke bestimmt, und was mit dem Rest passiert, hat der Deutsche Industrie- und Handelstag auch schon klargestellt:

„Bei einer akuten Ölverknappung muß die auf das Öl angewiesene deutsche Verkehrswirtschaft vorrangig bedient werden. Der Bevölkerung müßten unter Umständen erhebliche Einschränkungen zugemutet werden, etwa beim Verbrauch von leichtem Heizöl. . . . Je knapper das Ölangebot wäre, desto wichtiger würde es, dafür zu sorgen, daß es möglichst produktiv statt konsumtiv genutzt wird.“ (19) Man friert ja gerne, wenn einem nur der Helmut Schmidt erklärt hat, daß es für einen guten Zweck ist. Ebenso wie von Öl sollen von allen „strategischen“ Rohstoffen wie Wismut, Chrom, Mangan etc. Kriegsreserven gehortet und eingelagert werden.

– Nach UNO-Schätzungen sind weltweit 40% aller Wissenschaftler und Ingenieure mit Kriegs- und Vernichtungsforschung beschäftigt. Bei uns liegt dieser Prozentsatz bei 60%. Und die restlichen 40% forschen fast allesamt im Auftrag der großen Monopole, womit sichergestellt ist, daß auch diese Ergebnisse wenigstens indirekt dem Krieg zugute kommen. Dies entspricht ganz der Linie, die der BDI 1966 ausgegeben hat und an die man sich in Bonn allemal hält:

„Heute ist die Erkenntnis, daß Forschung und Entwicklung eine der Existenzfragen unseres Volkes schlechthin sind, daß die Wehrforschung dabei als Schrittmacher eine besondere Rolle spielt, und daß man bei ihrer Vernachlässigung wichtige nationale Interessen aufs Spiel setzt. allgemein.“ (20)

„Der moderne Militarismus“, hat Lenin festgestellt, „ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine Lebenserscheinung des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen („Militarismus nach außen“, wie es die Deutschen nennen) und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats („Militarismus nach innen“).“ (21)

10 ebenda, S. 103

11 Jahresbericht 1957-58 des BDI, S. 170

12 zit. in „Konjunktur-Krise-Krieg“, a. a. O., S. 112

13 F. Engels „Antidühring“ MEW Bd. 20, S. 155

14 K. L. Haedgè, Präsident der Bundesanstalt für Zivilschutz, „Gesundheitswesen im Zivilschutz“ in „Intensivbehandlung“, Düstri Verlag München, Heft 4/1980, S. 149

15 „Der Volkswirt“, Frankfurt/Main, 31. Juli 1954

16 zit. in „Die Militarisierung der Wirtschaft Westdeutschlands“, Berlin 1960, S. 85

17 „Die Welt“, Hamburg, 14. April 1959

18 Angaben nach „Wehr und Wirtschaft“, Stuttgart, Heft 9/10 1959

19 „FAZ“, 12. 11. 1980

20 BDI Jahresbericht 1966, S. 184

21 Lenin, „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“, LW Bd. 15, S. 187

Wissen ist Macht

Ein Staat wie der Bonner, der gegründet wurde, um Krieg zu führen gegen die Arbeiterklasse, mußte natürlich eine Wehrmacht kriegen, die dem entsprach. Nach außen genauso wie nach innen, wo die Herren „auch autonom militärisch handlungsfähig sein (wollen), um in Bürgerkriegslagen der Willkür und Unentschlossenheit der Alliierten nicht völlig ausgeliefert zu sein“ (22).

Die Handlungsfähigkeit in Bürgerkriegslagen sicherten bewährte Kräfte – nicht nur die hohen Hitlergeneräle, sondern, wie der zum Tode verurteilte Panzergeneral Meyer auf einer Tagung der HIAG sagte: „Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, daß die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS eine Korsettstange in der Bundeswehr sein werden.“ (23)

In Ergänzung der „mobilen Streitkräfte“ hatte die Industrie „vorgeschlagen“ (– sie schlägt im übrigen oft und gerne vor und meistens schon bis aufs Komma formuliert, zirka 200 Vorschläge für Gesetze und Verordnungen pro Jahr, die gar nicht erst umständlich im Parlament eingereicht werden, sondern gleich auf dem Tisch des Bundeskanzlers landen –) ein „Kommando der territorialen Verteidigung“ zu schaffen. In sogenannten „Friedenszeiten“ ist das eine Armee von 70 000 Mann. Ihre Aufgabe: „Die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in einer Krise zu verbessern. . .“ (24). Und wie verbessern diese sogenannten „Heimschutzkommandos“ diese Handlungsfähigkeit? „In Zukunft wird für uns nicht mehr die Verteidigung aus Stellungen heraus im Mittelpunkt stehen, sondern die Verteidigung durch Angriff.“ (25) Ein offenes Wort jedenfalls.

Was den Krieg vorbereitet, macht ihn sehr bald notwendig.

„Wenn die Kapitalisten für die Landesverteidigung, d. h., für den Staat arbeiten, so liegt es auf der Hand, daß dies schon kein ‚reiner‘ Kapitalismus mehr ist, sondern eine besondere Art der Volkswirtschaft. Der ‚reine‘ Kapitalismus ist Warenproduktion. Warenproduktion ist Arbeit für einen nicht bekannten freien Markt. Der für die Landesverteidigung ‚arbeitende‘ Kapitalist aber ‚arbeitet‘ gar nicht für den Markt, sondern auf Bestellung des Staates, in der Regel sogar mit dem Geld, das er vom Staat vorgestreck bekommt.“ Lenin. (26)

Es lohnt sich, einen Augenblick darüber nachzudenken, wie diese besondere Art der Volkswirtschaft funktioniert.

Die Militarisation der Wirtschaft übt einen großen Einfluß auf die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals aus. In den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion – der Abteilung I (Produktion von Produktionsmitteln) und der Abteilung II (Produktion von Konsumtionsmitteln) – nimmt der Anteil der Rüstungsproduktion und ihrer Vor- und Zulieferproduktion auf Kosten des ‚zivilen‘ Bereichs zu. Diese Zunahme geht nicht so sehr auf der Grundlage der Kapitalisierung des in der Rüstungsproduktion geschaffenen Mehrwerts vor sich. Sie beruht vielmehr auf einer außerordentlich gründlichen Umverteilung des geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Rüstungsproduzenten.

Daß man den kleinen Mann rupfen muß, darin ist man sich einig an Rhein, Ruhr und Isar. Daß läßt man in Bonn besorgen.

Ein ansehnlicher Batzen kommt dabei jedes Jahr zusammen. Allein Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Mineralölsteuer machten 1980 225 Milliarden Mark aus, 60% des gesamten Bonner Steueraufkommens, direkt und ausschließlich aus den Taschen der Werktätigen. Dieser Batzen wird nun keineswegs „ge-

recht“ unter die Kapitalisten verteilt. Verteilt wird entsprechend der Macht. Und die liegt bei den zehn größten Monopolen und damit wiederum bei der Rüstungsindustrie. Die schickt dann ihren Herrn Mommsen unentgeltlich nach Bonn, um unnötige Umwege oder öffentliches Ärgernis zu sparen. Die setzt sich zusammen, nicht nur bei Dichterlesungen im Hause Henkel, sondern im „Arbeitskreis Rüstungswirtschaft“, wo die Herren unter sich abmachen, wie die Rüstungsmilliarden neben den Geldern aus anderen Haushaltstiteln verteilt werden, und wo der Ton nicht immer sehr vornehm sein soll. Das ganze erinnert fatal an die „Lenkungsbereiche der deutschen Wirtschaft“, an die „Reichsvereinigung Kohle“ oder „Reichsvereinigung Stahl“ und andere Kommandoeinrichtungen unseligen Angedenkens, und das ist es im Kern ja auch. Die Militarisation verändert nun die ganze Struktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Der Umfang der Produktionsmittel, die für den Ersatz des konstanten Kapitals (Maschinen, Anlagen, Gebäude etc.) und für die Akkumulation in den beiden Abteilungen I und II für zivile Zwecke bestimmt war, nimmt ab. Die Produktion von Konsumtionsmitteln für die Bevölkerung muß eingeschränkt werden. Ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts besteht jetzt aus Kriegsmaterial oder aus Erzeugnissen, die der Kriegsindustrie im weiteren Sinne dienen. Dieser Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts kann weder für die produktive Konsumtion (also bei der Produktion neuer Waren) noch für die individuelle Konsumtion (beim Gebrauch für die täglichen Lebensbedürfnisse der Werktätigen) verwendet werden. Er wird unproduktiv konsumiert – durch Klassenkrieg, Völkermord und deren Vorbereitung.

Wenn einer, sagen wir, fünf Stunden an einem Stuhl gezimmert hat und der tauscht ihn nun aus gegen einen Rock, an dem der andere fünf Stunden geschneidert hat, dann hat jeder von beiden für seine fünf Stunden Arbeit etwas bekommen, das ihm nützt. Wenn einer aber nun seinen Stuhl gegen, zum Beispiel, eine Sprengmine tauscht, die zu nichts anderem nütze ist, als Menschen zu töten, dann hat er für seine fünf Stunden nichts – es sei denn, er wäre berufsmäßiger Killer –! was ihm nützt. Natürlich ist das Beispiel schief (weil es manchmal sehr nützlich und notwendig ist, Sprengminen zu besitzen, und das die ungestörte Produktion von Stühlen überhaupt erst ermöglicht) und natürlich ist die imperialistische Wirklichkeit komplizierter. Tatsache ist, daß der, der seinen Stuhl gegen eine Mine tauscht, den Stuhl im allgemeinen mitsamt den darin steckenden 5 Arbeitsstunden gleich verheizen könnte. Tatsache ist, daß die Rüstungsproduktion einseitig als Konsument großer Mengen von Produktionsmitteln und Arbeitskraft auftritt. Die Ergebnisse der Rüstungsproduktion, die Panzer, Tornados, Raketen, ersetzen jedoch keine Elemente des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Naturalform.

Sie können nicht ausgetauscht werden gegen Produkte der Abteilung I – niemand kann einen Panzer als Werkbank benutzen, – oder gegen Produkte der Abteilung II, gegen Konsumtionsmittel, denn leben kann man nicht von Granaten, höchstens sterben. Die Produkte der Rüstungsindustrie verhalten sich deshalb gegenüber dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß etwa ebenso nützlich, wie die Butterberge in der EWG, die alljährlich ungenießbar gemacht, unter den Weizen gemischt werden, der wiederum an Kälber verfüttert wird, die gegen Prämie geschlachtet werden und zum menschlichen Verzehr wegen hohen Östrogengehalts nicht geeignet sind. Die Rüstungsproduktion vernichtet – auch ohne Krise und sozusagen schon beim ganz friedlichen Gang der Dinge – Produktions- und Konsumtionsmittel in Milliardenmaßstab, nimmt der kapitalistischen Überproduktionskrise einen Teil ihrer notwendigen „bereinigenden“ Arbeit ab und hat dadurch gerade beim deutschen Imperialismus als „Koreaboom“, bei der Remilitarisierung oder beim „Vietnamboom“ wie eine „Konjunkturspritze“ gewirkt.

Obwohl Panzer und Granaten sich also mit keinem

Stück der übrigen Produktion austauschen, treten doch die Gewinne der Panzerbauer und die Löhne der beim Panzerbau Beschäftigten auf dem Markt als Kaufkraft auf. Die gesamte Kaufkraft wächst somit um die Löhne und Gewinne aus der Rüstungsproduktion, aber der so gewachsenen Kaufkraft steht keine gewachsene, sondern im Gegenteil, eine um die Rüstungsproduktion geschmolzene Menge käuflicher Waren gegenüber. Die gesamte in der Gesellschaft produzierte Warenmasse wird jetzt repräsentiert von einer gewachsenen Menge Geld – das Ergebnis davon ist nichts anderes als die Inflation. Nicht die „Ölscheichs“ sind schuld an der Inflation. Schuld an der Inflation sind die Vorbereitungen, das Öl mit Gewalt in deutsche Hand zu kriegen.

Bezahlt wird die Rüstung vom Staat. Dazu ist er da. Das Geld dafür pumpt er sich bei den Großbanken. Bei denen steht er inzwischen mit 460 Milliarden ark in der Kreide. Allein zur Bezahlung der fälligen Zinsen müssen täglich 100 Millionen Mark aufgebracht werden – von uns natürlich, nicht von denen, die die Schulden machen. Und so werden die Zinsen aufgebracht: An Ausgaben für „Gesundheit“ sieht der Bonner Finanzbericht 1980 für die nächsten vier Jahre eine Kürzung um 25% vor, an Ausgaben für Zinsen im selben Zeitraum eine Steigerung um 68%! Die Plünderung der Versicherungskassen der Werktätigen, die, ökonomisch gesehen, ja keine milde Gabe von Vater Staat ist, sondern vorenthaltener Lohnbestandteil, den die Arbeiterklasse braucht, um die alten, die kranken Angehörigen ihrer Klasse zu erhalten und um sich als gesamte Klasse zu reproduzieren, diese Plünderung durch den Staat (die zu Steuern und Inflation dazukommt) ist nichts anderes als doppelte Ausbeutung zugunsten der Rüstungsindustrie. Denn die streicht den so geraubten Lohn über Rüstungsaufträge, Subventionen etc. ein. Kein Wunder, daß die Hochrüstung der letzten Jahre in unsrer Republik mit der schärfsten Ausbeutungsrate der kapitalistischen Welt einherging, ja diese überhaupt erst möglich machte: Während von 1970 bis 1979 1,3 Millionen Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet wurden, stieg gleichzeitig die Arbeitsproduktivität (gemessen als Produktionsergebnis je Arbeiterstunde) um 51%! (in den USA „nur“ um 23,3%, in Japan um 47,2%).

Gerade die letzten Zahlen beweisen, wie wenig die Militarisation der Wirtschaft geeignet ist, irgendein Markt- oder Arbeitsplatzproblem im Kapitalismus auf Dauer zu lösen: Mit der Verschärfung der Ausbeutung, die notwendig ist, um die Rüstung zu finanzieren, sinkt der Anteil der bezahlten Arbeit zugunsten der unbezahlten Mehrarbeit. Damit sinkt auch die zahlungsfähige Nachfrage, die Massenkaukraft noch weiter ab und der Widerspruch zwischen Markt und Produktion verschärft sich.

Und so dreht sich der verfluchte Teufelskreis: Um ihrem riesig angeschwollenen Kapital neue Märkte zu erobern, militarisieren die Monopole die gesamte Wirtschaft. An Militarisation verdienen wiederum in erster Linie die und vergrößern ihr Kapital, deren Produktionskapazitäten schon längst zu gewaltig sind, um in diesem zweimal verkleinerten Westdeutschland profitbringend ausgelastet zu werden. Der Kriegstribut, den die der ganzen Gesellschaft abzwängen, die doppelte Ausbeutung der Werktätigen, läßt ihr Kapital noch einmal anschwellen, vergrößert die Armut der Massen, verkleinert den Markt, und je schroffer dieser Widerspruch, desto dringender wird es für den Imperialismus, diesen Widerspruch zu lösen mit genau dem Mittel, das er vorbereitet und das ihm bleibt – mit Krieg. Wie hat doch seinerzeit der Nazi Nonnenbruch, Wirtschaftsredakteur des „Völkischen Beobachter“, so zutreffend gelogen: „Die Wirtschaft lebt von der Erzeugung, und hinter die Notwendigkeit der Erzeugung tritt die Verwendung der Güter zurück, und zwar sosehr, daß diese sogar in die Luft geknallt werden können. Das Volk hat zwar keine Steigerung seiner Lebenskraft von dieser Erzeugung, aber wenigstens Arbeit.“ (27)

27 zit. nach Walter Ulbricht, „Die Legende vom deutschen Sozialismus“, Verlag Neuer Weg, Berlin 1945, S. 32

22 Klaus Seemann, „Bündnisprobleme der BRD“, in „Wehrwissenschaftliche Rundschau“, Berlin/Frankfurt, 1967, Heft 2, S. 71.

23 zit. nach „Dokumentation der Zeit“, Berlin, Heft 209/1959, S. 2

24 „Europäische Wehrkunde“, 12/1978, S. 643

25 „Kieler Nachrichten“, 20. 6. 1980

26 Lenin, „Den Sozialismus einführen oder aufdecken, wie die Staatskasse geplündert wird“, LW Bd. 25, S. 57f.